

100 Fakten, die für sich sprechen

	Seite
I. Wirtschaft und Finanzen	2
II. Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Soziales	4
III. Familie, Frauen und Jugend	8
IV. Schutz der Umwelt	9
V. Wissenschaft und Forschung	11
VI. Wohnungspolitik und Städtebau	11
VII. Post/Verkehr	12
VIII. Kultur	13
IX. Deutschland- und Ostpolitik	13
X. Wirtschaftliche Zusammenarbeit	15
XI. Europäische Gemeinschaft	16

I. Wirtschaft und Finanzen

- 1 Wirtschaftswachstum:** Das Bruttosozialprodukt ist von 1 598 Milliarden DM im Jahre 1982 auf 2 122 Milliarden im Jahre 1988 gestiegen. Für 1989 wird ein weiterer Anstieg um rund 4 Prozent erwartet. Damit wird das Bruttosozialprodukt real um rund 20 Prozent höher liegen als 1982.
- 2 Mittelstandspolitik:** Der Saldo aus Existenzgründungen und Unternehmensstillegungen hat 1988 mit einem Plus von 70 000 seinen höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erreicht und stieg gegenüber dem Vorjahr um über 50 Prozent. 1988 wurden 330 000 neue Unternehmen gegründet, 260 000 wurden dagegen stillgelegt.
- 3** 1988 wurden insgesamt 12 400 **Neugründungen von Unternehmen** mit Bundesmitteln in Höhe von 1,2 Milliarden DM unterstützt. Dadurch konnten ca. 62 000 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. gesichert werden. In den Jahren von 1983 bis 1988 wurden insgesamt Neugründungen von Unternehmen mit 7,4 Milliarden DM und einem Arbeitplatzeffekt von schätzungsweise 435 000 zusätzlichen Stellen gefördert.
- 4** Die Bundesregierung ist mit ihren **Hilfen für strukturschwache Bundesländer** bis an die Grenze des finanzwirtschaftlich Möglichen gegangen: 4,5 Milliarden DM im Rahmen der Haushaltsbegleitgesetze 1983 und 1984; 15 Milliarden DM zinsgünstige Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau für kommunale Investitionen (1988 bis 1990); Erhöhung der Bundesergänzungszuweisungen um fast 700 Millionen DM (1988) auf mehr als 1 Milliarde DM (1991); 500 Millionen DM an Hilfen als Sonderprogramm für die Montanregionen; Finanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 GG von jährlich 2,4 Milliarden DM (1989 bis 1998) zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft. Entsprechende Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 300 Millionen DM wurden für das Saarland (1985 bis 1987) und weitere 300 Millionen DM für die Küstenländer (1987/1988) zur Verfügung gestellt.
- 5** Die **Ausrüstungsinvestitionen** (z. B. Maschinen und Einrichtungen) nahmen von real 113,6 Milliarden DM 1982 auf 154,2 Milliarden DM 1988 zu. Steigerung: 35,7 Prozent.
- 6** **Währungsreserven:** 1982 verfügte die Bundesrepublik Deutschland über ein Volumen von 84,5 Milliarden DM an Währungsreserven, Ende 1988 waren es 94,7 Milliarden DM.

7 Exporte: Waren im Wert von 427,7 Milliarden DM lieferte die deutsche Wirtschaft 1982 in alle Welt; 1988 betrug der Wert der Exporte 567,8 Milliarden DM. Seit 1986 nimmt die Bundesrepublik Deutschland in der Welt-Export-Rangliste den Platz 1 ein. Die Leistungsbilanz wies 1982 einen Überschuß von 12,4 Milliarden aus; 1988 war das Plus auf 85,25 Milliarden DM angestiegen.

8 Realeinkommen: 1982 mußten die Arbeitnehmer Reallohnverluste von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr hinnehmen. 1988 nahmen Löhne und Gehälter preisbereinigt und netto um 2,3 Prozent zu. Der monatliche Nettolohn je beschäftigtem Arbeitnehmer lag 1982 im Durchschnitt bei 1 897 DM, 1988 bei 2 195 DM. Insgesamt haben die Realeinkommen der Arbeitnehmer von 1985 bis 1989 um rund 7,5 Prozent zugenommen.

9 Preisstabilität: Um 1,2 Prozent stiegen die Verbraucherpreise 1988. Dagegen lag 1982 der Anstieg bei 5,3 Prozent. In den folgenden Jahren verringerte sich der Anstieg über 3,3 Prozent (1983), 2,4 Prozent (1984) auf 2,2 Prozent (1985). 1987 lag er bei 2,2 Prozent, nachdem 1986 sogar das Preisniveau um 0,2 Prozent niedriger lag als 1985. 1987 stieg das Preisniveau wieder um 0,2 Prozent.

10 Arbeitskosten 1988

Lohnkosten je
Arbeitsstunde in DM

Schweiz	34,35
BR Deutschland	34,22
Schweden	30,17
Niederlande	28,32
Japan	28,23
Belgien	26,97
Italien	25,42
Österreich	25,39
USA	24,58
Frankreich	23,14
GB	20,21
Spanien	18,15

Quelle: iw-trends 2/1989

11 Wohnungsmieten: 1982 betrug der Anstieg 5,1 Prozent, 1986 2 Prozent, 1987 1,8 Prozent, Ende 1988 2,5 Prozent (Vergleich der Lebenshaltungskosten: 1982 + 5,3 Prozent, 1988 + 1,2 Prozent).

12 Steuerquote: Der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt betrug 1982 noch 23,7 Prozent, 1987 nur noch 23,2 Prozent und wurde durch die Steuerentlastung 1988 weiter auf 23,0 Prozent gesenkt. 1990 wird mit 22,5 Prozent (Schätzung) ein Tiefpunkt erreicht — so niedrig wie zuletzt im Jahr 1960. Die große Steuerreform 1986 bis 1990 bringt für die Lohn- und Einkommensteuerzahler eine Netto-Entlastung von rund 50 Milliarden Mark. Entlastet werden vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sowie die Familien.

13 Das Geldvermögen der privaten Haushalte betrug 1982 rund 1,7 Billionen DM, 1987 waren es 2,6 Billionen DM. Das jährliche Sparaufkommen stieg von 147 Milliarden DM im Jahr 1982 auf 186 Milliarden DM im Jahr 1988.

14 Zinsniveau: 1982 lag der Kapitalmarktzins bei 9,1 Prozent. 1988 bei 6,0 Prozent.

15 Die Reise-Devisen betragen auf der Einnahmeseite 1982 ca. 9,7 Milliarden DM, 1988 waren es 15,1 Milliarden DM. Auf der Ausgabeseite, d. h. durch Auslandsreisen der Bürger der Bundesrepublik, wurden im Jahre 1982 34,1 Milliarden DM bewegt, 1988 waren es 44,3 Milliarden DM. 1982 machten 26,3 Millionen Bürger mindestens eine Urlaubsreise, 1988 waren es 31,6 Millionen Bürger.

II. Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Soziales

16 Beschäftigungsentwicklung: Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Juli 1989 um 360 000 höher als ein Jahr zuvor und um 536 000 über dem Stand vom Juli 1987. Mit 27,72 Millionen Erwerbstätigen war der höchste Beschäftigungsstand in der 40jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Seit Ende 1983 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis heute um rund 1,5 Millionen gestiegen.

17 Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Herbst 1988 deutlich rückläufig und lag Ende August 1989 um 227 000 niedriger als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres 1989 machte der Rückgang im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres 212 700 aus. Seit Mai 1989 liegt die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit Oktober 1982 wieder unter der 2-Millionen-Grenze, trotz einer ständig steigenden Zahl von Arbeitssuchenden.

18 Lehrstellen: Im letzten Berufsberatungsjahr gab es erstmals seit acht Jahren wieder mehr offene Lehrstellen als unvermittelte Lehrstellenbewerber. 1988 wurden rund 610 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Tatsächlich angeboten wurden fast 672 000 Ausbildungsstellen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch für 1989 ab: 58 300 noch unvermittelten Jugendlichen standen Ende August 1989 149 800 noch unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber.

19 Im Jahre 1983 betrug die **Arbeitslosenquote Jugendlicher** bis einschließlich 24 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland 10,6 Prozent, im Jahre 1988 ist sie auf 8,0 Prozent gefallen. Im selben Zeitraum sank die Arbeitslosenquote Jugendlicher in den übrigen westlichen Industrieländern von 17,5 Prozent auf 14 Prozent.

20 Die Summe aller Sozialleistungen, das **Sozialbudget**, lag 1982 bei ca. 525 Milliarden DM und 1988 bei ca. 660 Milliarden DM. Steigerung: gut 25 Prozent.

21 1982 betragen die **Sozialausgaben** pro Kopf 8 524 DM; 1988 lagen sie bei 10 740 DM pro Kopf.

22 Die **Bundeszuschüsse zur Agrarsozialpolitik** sind seit 1983 um gut 35 Prozent von 3,5 Milliarden DM auf rund 4,9 Milliarden DM in 1988 aufgestockt worden. Durch die Bundeszuschüsse zur Altershilfe, Kranken- und Unfallversicherung beträgt die Beitragsentlastung für jeden versicherten Landwirt 1988 rund 8 300 DM.

23 Für **aktive Arbeitsmarktpolitik** (berufliche Bildung und Rehabilitation, Förderung der Arbeitsaufnahme, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer) wurden 1982 insgesamt 6,9 Milliarden DM aufgewendet, 1988 etwa 15,3 Milliarden DM. In diesem Rahmen wurden allein für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen 1982 ca. 3,8 Milliarden DM ausgegeben; 1988 waren es 7,2 Milliarden DM.

24 **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** wurden 1988 von fast 115 000 Personen genutzt; 1982 waren es knapp unter 30 000. Dafür standen 1988 3,4 Milliarden DM zur Verfügung; 1982 waren es rund 869 Millionen DM.

25 Die Mittel für die Förderung der **Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen** stiegen von 49,4 Millionen DM 1982 auf 430 Millionen DM 1988, 1982 wurden 2 000 Personen gefördert, 1988 waren es über 43 500.

26 Kurzarbeit: Im Jahresdurchschnitt 1982 waren über 600 000 Kurzarbeiter registriert. Bis Ende 1988 hatte sich die Zahl auf 208 000 verringert, im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres 1989 ist sie auf 138 000 zurückgegangen.

27 Beschäftigungssituation der Frauen: Ende 1982 betrug die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen knapp 8 Millionen, Ende 1988 waren es fast 8,8 Millionen. Zwei von drei seit 1982 neugeschaffenen Arbeitsplätzen sind von einer Frau besetzt.

28 Die Teilzeitbeschäftigung wurde arbeitsrechtlich abgesichert und aufgewertet. Ende 1982 waren knapp 1,8 Millionen Personen teilzeitbeschäftigt, Ende 1988 waren es 2,16 Millionen.

29 Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst wurde erhöht: So stieg die Beschäftigtenzahl von rd. 681 000 im Jahre 1982 auf rd. 800 000 im Jahre 1987.

30 Arbeitslose erhielten 1982 bis zu zwölf Monate **Arbeitslosengeld**. Heute erhalten ältere Arbeitslose bis zu 32 Monate lang Arbeitslosengeld.

31 Arbeitgeber, die ältere Langzeitarbeitslose beschäftigen, können einen Zuschuß zu den Lohnkosten in Höhe von bis zu 75 Prozent erhalten. Der Förderungszeitraum reicht bis zu acht Jahren.

32 Das Altersteilzeitgesetz bietet Arbeitnehmern ab 58 Jahren unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, sich bei halber Arbeitszeit und fast 70 Prozent des vorherigen Netto-Einkommens für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu entscheiden.

33 Seit 1. Juli 1989 sind zusätzliche Beschäftigungshilfen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Kraft, die den Arbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, durch Lohnkostenzuschüsse von bis zu 80 Prozent und zusätzliche Betreuungsmaßnahmen den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben erleichtern sollen. Dafür stehen 1,75 Milliarden Mark bereit.

34 Beziehen von Arbeitslosenhilfe wurde 1982 bei der Anrechnung des Einkommens des Ehegatten ein Freibetrag von 75 DM gewährt; seit 1987 ist er mit 150 DM doppelt so hoch. Der Freibetrag für jedes Kind betrug 1982 35 DM, heute beträgt er 70 DM.

- 35** **Jugendliche**, die eine Ausbildung machen möchten, aber keinen Ausbildungsplatz finden, sind heute im Rahmen der Familienhilfe bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres **krankenversichert**. Das gilt auch für Arbeitslose, die noch nicht 23 Jahre alt sind. 1982 wurden sie mit Vollendung des 19. Lebensjahres aus der Familienhilfe der Krankenversicherung ausgeschlossen.
- 36** 1982 wurde nur bis zum vollendeten 17. Lebensjahr **Kindergeld** gezahlt. Jetzt wird Kindergeld bis zum 21. Lebensjahr gezahlt, wenn kein Ausbildungsplatz bzw. kein Arbeitsplatz vorhanden ist.
- 37** Die monatliche **Rente** eines Durchschnittsverdieners betrug 1983 **nach 40 Versicherungsjahren** brutto 1 272,30 DM. 1988 lag sie brutto bei 1 490,70 DM. Seit 1. Juni 1989 beträgt die Rente brutto 1 535,60 DM und netto 1 436,60 DM (netto = nach Abzug des KVdR-Beitrages). Nach 45 Versicherungsjahren betrug die Rente 1983 brutto 1 431,30 DM, im Jahr 1989 brutto 1 727,60 DM.
- 38** Heute beträgt die Wartezeit für den Bezug von **Altersruhegeld** mit vollendetem 65. Lebensjahr nur noch 5 Jahre. 1982 bekam nur der Altersrente, der mindestens 15 Jahre lang versichert war.
- 39** 1982 wurden **Kindererziehungszeiten bei der Rente** nicht berücksichtigt. Heute ist dem Grundsatz der Gleichwertigkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung Geltung verschafft: Wer Kinder erzieht, hat eine Rente verdient. Bisher wurden bereits mehr als 1,4 Millionen Müttern (bzw. Vätern) pro Kind ein Jahr Erziehungszeit als Versicherungszeit bei der Rente angerechnet. Bei der anstehenden Reform der Alterssicherung soll die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente weiter ausgebaut werden. Seit 1987 wurden die Erziehungszeiten stufenweise auch den älteren, vor 1921 geborenen Müttern anerkannt. Sie bekommen, unabhängig davon, ob sie Anspruch auf Rente haben oder nicht, für jedes Kind eine Kindererziehungsleistung. Bis zum 1. Oktober 1989 wurden etwa 2,7 Millionen Mütter begünstigt. Zum 1. Oktober 1990, dem Zeitpunkt, zu dem alle vor 1921 geborenen Mütter eine Anerkennung für ihre Erziehungsleistung erhalten, wird sich die Zahl nochmals um rund 1 Million erhöhen.
- 40** Mit dem **Gesundheitsreformgesetz** wurden Überversorgung und Unwirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen abgebaut, um einen Ausgleich von Versorgungsdefiziten einzuleiten, vor allem bei der Gesundheitsvorsorge und der häuslichen Pflege. Die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GK) sind erstmals seit Jahren nicht mehr gestiegen.

Insgesamt dürften die Ausgaben der GK im ersten Halbjahr 1989 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um etwa 2 Prozent gesunken sein. Über 5 Milliarden Mark sind für die häusliche Pflege bereitgestellt.

Die Pharmaindustrie hat aufgrund der Festbetragsregelung die Arzneimittelpreise gesenkt; auch die Preise für wichtige Hilfsmittel (Brillen und Hörgeräte) sinken. Durch die zum 1. September 1989 in Kraft getretenen **Festbeträge**, von denen rund 1 400 Arzneimittel erfaßt werden, wird eine Einsparung von 420 Millionen Mark erwartet. Für diese Arzneimittel entfällt die Verordnungsgebühr von 3 Mark.

41 Urlaub: 1982 hatten die Arbeitnehmer durchschnittlich 28 Arbeitstage pro Jahr für Erholung zur Verfügung, 1988 waren es 29 Arbeitstage (5 Tage je Woche).

42 Die durchschnittliche tarifliche **Wochenarbeitszeit** der Arbeiter, die 1960 noch bei 44,1 Stunden gelegen hatte, war bis 1970 auf 40,7 Stunden zurückgegangen und ist bis 1987 weiter über 40,0 Stunden (1982) auf 39,2 Stunden gesunken. Die Arbeitszeit der Angestellten hat sich entsprechend von 44,5 Stunden (1960) über 41,6 (1970) und 40,0 (1982) auf 39,0 Stunden im Jahr 1988 verringert. Ende 1988 betrug die durchschnittliche wöchentliche Regelarbeitszeit der von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer insgesamt 39 Stunden.

43 Lebensarbeitszeit: Mußten die Urgroßväter bzw. -mütter (Jahrgang 1882) 109 900 Stunden ihres Lebens arbeiten und waren es bei den Großvätern bzw. Großmüttern (Jg. 1925) noch 91 200 Stunden, so müssen die heutigen Erwerbstätigen (Jg. 1956) 67 600 Stunden an Arbeitszeit leisten; für den Berufsnachwuchs (Jg. 1967) werden es voraussichtlich nur noch 59 500 Arbeitsstunden sein.

44 Durchschnittliche **Dauer der Lebensabschnitte** in Jahren: Bei der Großeltern-Generation (1911) betrug die Abschnitte Kindheit und Schule 15 Jahre, Arbeitszeit 47 Jahre und Ruhestand 5 Jahre. Heute rechnet man mit 19 Jahren für Kindheit und Schule sowie 42 Jahren Arbeitszeit und 15 Jahren Ruhestand.

III. Familie, Frauen und Jugend

45 Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“: 1985 wurden 60 Millionen DM, 1988 110 Millionen DM, 1989 130 Millionen

DM gezahlt. Die Stiftung hat bis jetzt mehr als 200 000 werdenden Müttern in Notlagen schnell und unbürokratisch geholfen.

46 Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wurden ab 1. Juli 1989 von 12 auf 15 Monate verlängert. Seit der Einführung zum 1. Januar 1986 haben ca. 97 Prozent aller Berechtigten — das sind rund 1,8 Millionen Mütter bzw. Väter — von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub Gebrauch gemacht. Vom 1. Juli 1990 an werden Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub nochmals verlängert: von 15 auf 18 Monate — für Kinder, die ab dem 1. Juli 1990 geboren werden.

47 Frauenpolitik: Seit 1986 gibt es durch Organisationserlaß des Bundeskanzlers erstmals ein Ministerium mit der Zuständigkeit für Frauen: das Bundesministerium für Jugend, Familie, **Frauen** und Gesundheit. Das unterstreicht die hohe Bedeutung der Frauenpolitik.

48 Jugendaustausch: 1988 nahmen rund 100 000 junge Menschen an Begegnungen im Rahmen der internationalen Jugendarbeit teil, die aus dem Bundesjugendplan gefördert wurden. 1982 waren es noch etwa 20 000 weniger. Über 5 Millionen Jugendliche haben in den letzten 25 Jahren am deutsch-französischen Jugendaustausch teilgenommen.

IV. Schutz der Umwelt

49 Durch Organisationserlaß von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 5. Juni 1986 wurde erstmalig in der Bundesrepublik ein **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** eingerichtet.

50 Am 1. September 1989 fuhren über 7 Millionen Pkw schadstoffarm. Von diesen sind über 4,8 Millionen mit einem **Katalysator** ausgerüstet, davon über 3,3 Millionen mit einem geregelten Dreiwegekatalysator. Einschließlich der 4,2 Millionen bedingt schadstoffarmen Fahrzeuge sind über 11,2 Millionen Pkw schadstoffreduziert. Der Anteil bleifreien Benzins liegt bei fast 60 Prozent.

51 Verringerung der Bleimissionen: Die Bleimissionen, die 1982 noch ca. 7 000 Tonnen betragen hatten, konnten 1987 um rund 2 000 Tonnen reduziert werden. Ab 1. Februar 1988: Verbot bleihaltigen Normalbenzins, d. h. jährlich weitere 1 500 bis 2 000 Tonnen weniger Bleimissionen.

52 Reinhaltung der Luft: Die Großfeuerungsanlagen wurden durch Filtereinbau umgestellt. Damit konnte erreicht werden, daß bei diesen

Anlagen der Ausstoß an Schwefeldioxyd pro Jahr von rund 2,0 Mio. Tonnen im Jahre 1982 ab Mitte 1988 auf 0,7 Mio. Tonnen gesunken ist. Ab 1993 wird der jährliche Ausstoß an Schwefeldioxyd aus Großfeuerungsanlagen auf ca. 0,4 Mio. Tonnen sinken.

53 Verringerung des Schwefelgehalts in leichtem Heizöl und Dieselmotorkraftstoff: 1982 betrug der Anteil 0,3 Gewichtsprozent, ab 1. März 1988 liegt er bei 0,2. Das bedeutet eine Reduzierung um ein Drittel.

54 Reduzierung der für die Erdatmosphäre gefährlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) aus Spraydosen um 90 Prozent im September 1989 gegenüber 1986.

55 Verringerung der Phosphoreinträge aus Wasch- und Reinigungsmitteln in die Oberflächengewässer von 20 000 Tonnen im Jahr 1985 auf 6 000 Tonnen (= mehr als 66 Prozent) 1988.

56 Umsetzung des 10-Punkte-Katalogs zum Schutz von Nord- und Ostsee: erfordert Investitionen von ca. 30 Milliarden DM. Zahlungen aus Bundesmitteln 1989: 10 Millionen DM für Gewässerrandstreifenprogramm.

57 Verringerung z. B. der chemischen Verbindung Pentachlorphenol (PCP), die schwere gesundheitliche Schäden verursacht, im Rhein von 1982 bis 1988 um über 50 Prozent.

58 Am 7. Dezember 1988 erfolgte der Beschluß des Bundeskabinetts über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz.

59 Strahlenschutz in der Bundesrepublik: 1982 gab es 50, im Jahr 1989 ca. 1 800 Meßstellen für das frühzeitige Erkennen von radioaktiven Strahlungen.

60 Der Produktionswert der Umweltschutzgüter und -leistungen der Unternehmen betrug 1983 ca. 18,3 Milliarden Mark, 1986 waren es ca. 23,3 Milliarden Mark. Die Zahl der Arbeitsplätze im Zusammenhang mit Umweltschutz stieg von ca. 190 000 im Jahr 1983 auf rund 440 000 Ende 1988.

61 Seit 1988 sieht das Störfallrecht für 320 gefährliche chemische Stoffe und Verbindungen besonders scharfe Bestimmungen vor. 1982 waren es 145 Stoffe.

V. Wissenschaft und Forschung

62 Hochschule: 1,1 Milliarden DM wird der Bund 1990 für die Gemeinschaftsaufgabe **Hochschulbau** aufwenden. Bund und Länder haben sich im März 1989 auf ein 2-Milliarden-DM-Sonderprogramm für die nächsten sieben Jahre geeinigt. Damit soll insbesondere in den überlasteten Studiengängen geholfen werden.

63 Ausgaben für **Forschung und Entwicklung** in der Bundesrepublik Deutschland: 1982 ca. 42 Milliarden DM, 1988 Anstieg auf über 61,4 Milliarden DM.

64 Der Anteil der **Grundlagenforschung** am BMFT-Haushalt stieg von 26 Prozent im Jahre 1982 auf rund 38 Prozent 1989.

65 **Vorsorgeforschung**: Die Mittel für Gesundheitsforschung, ökologische Forschung, Umwelttechnik und Klimaforschung steigen zwischen 1982 und 1990 um über 73 Prozent.

VI. Wohnungspolitik und Städtebau

66 **Wohnungspolitik**: Für den sozialen Wohnungsbau stellt der Bund den Ländern 1989 1,05, 1990 1,6 Milliarden DM an Finanzhilfen zur Verfügung. Zusammen mit den Beiträgen der Länder und Gemeinden können so 1989 ca. 80 000, 1990 ca. 100 000 neue Sozialwohnungen gefördert werden. Für Familien in besonderen Notlagen hat das Bundesbauministerium einen Härtefonds in Höhe von 10 Millionen DM eingerichtet.

67 Seit dem 28. Februar 1989 gelten verbesserte **Abschreibungsbedingungen für den Mietwohnungsbau**: Die Abschreibungsdauer wurde von 50 auf 40 Jahre verkürzt, der Einstiegssatz von 5 auf 7 Prozent der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten angehoben.

68 Zum 1. Januar 1990 wird der Steuerabzug im Rahmen der Eigenheimförderung — das „**Baukindergeld**“ — auf 750 DM für jedes Kind erhöht.

69 **Wohngeld**: Die Wohngeldleistungen von Bund und Ländern lagen 1982 bei ca. 2,7 Milliarden DM, 1988 bei rund 3,7 Milliarden DM. Dabei betrug die Höhe des monatlichen Wohngeldes 1982 durchschnittlich 109 DM, heute

sind es 145 DM. Für Städte und Gemeinden mit besonders hohen Mieten wird zum 1. Januar 1990 eine sechste Wohngeldstufe eingeführt: Rund 90 000 Wohngeldempfänger, deren Mieten überdurchschnittlich gestiegen sind, erhalten dann ein erhöhtes Wohngeld.

70 Städtebauförderung: Im Jahre 1982 stellte der Bund 220 Millionen DM für die Städtebauförderung zur Verfügung. 1986 und 1987 waren es jeweils 1 Milliarde DM. Zusammen mit den Mitteln der Länder/Gemeinden betrug das Fördervolumen 1982 insgesamt 660 Millionen DM, das der Jahre 1986 und 1987 je 2,3 Milliarden DM. In den Jahren 1988 bis 1990 stellt der Bund den Ländern jährlich 660 Millionen DM für Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung zur Verfügung. Zusammen mit den Mitteln der Länder und Gemeinden stehen also für die Jahre 1988 bis 1990 Städtebauförderungsmittel in Höhe von 6 Milliarden DM bereit.

VII. Post/Verkehr

71 Die Investitionen der Deutschen Bundespost betragen 1982 12,7 Milliarden DM. 1989 werden es 19,7 Milliarden DM sein.

72 Kabelanschlüsse: 1982 waren ca. 300 000 Haushalte ans Kabel angeschlossen; Mitte 1989 waren es mehr als 5,4 Millionen Haushalte, das sind 1,6 Millionen Haushalte mehr als im Jahr zuvor.

73 1982 gab es 23 Millionen **Telefonhauptanschlüsse**. 1988 waren es 28,5 Millionen.

74 Ende 1982 gab es bundesweit drei deutsche **Fernsehprogramme**, heute sind es zehn. Davon werden fünf von privaten Veranstaltern angeboten.

75 Gesamtinvestitionen der Deutschen Bundesbahn: 1982 rund 4,2 Milliarden DM, 1988 über 5,5 Milliarden DM.

76 Das **Netz der Bundesautobahn** wurde von 7 784 km im Jahr 1982 auf 8 618 km im Jahr 1988 erweitert.

77 1982 gab es in der Bundesrepublik Deutschland ca. 24,1 Millionen Pkw. Ende 1988 waren es 29,2 Millionen. Trotz der Erhöhung des Pkw-Bestandes und einer erneuten Steigerung der Fahrleistungen sind die **Straßenverkehrsunfälle** im ersten Halbjahr 1989 um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr **zurückgegangen**.

78 Die Ausgaben für **Lärmschutzmaßnahmen** an Bundesfernstraßen wurden von 179 Millionen DM im Jahr 1982 auf rund 300 Millionen DM im Jahr 1988 erhöht.

VIII. Kultur

79 Die Bundesregierung vergab 1983 **Filmpreise** an 5 programmfüllende Filme in Höhe von 1,3 Millionen DM, 1989 erhielten 10 programmfüllende Filme Preise in Höhe von insgesamt 4,1 Millionen DM.

Für 4 Kurzfilme wurden 1983 Preise in Höhe von 120 000 DM vergeben; 1989 werden 10 Kurzfilme mit 230 000 DM ausgezeichnet.

80 Im Rahmen der **Förderung der Produktion von Kurzfilmen** erhielten 7 Kurzfilme 1983 insgesamt 175 000 DM. 1989 wurde die Produktion von 9 Kurzfilmen mit 225 000 DM gefördert. 1983 wurde die Produktion von 18 programmfüllenden Filmen mit 3,6 Millionen Mark gefördert; 1988 waren es 17 Filme dieser Art mit 4,775 Millionen DM.

81 1983 wurden vom Bund 43 **Kinos** in Höhe von 510 000 DM, 1989 57 Kinos in Höhe von 700 000 DM gefördert.

82 Die Bundesregierung wandte für **Sprach- und Literaturförderung** 1983 rd. 5,48 Millionen DM und 1989 rd. 6,82 Millionen DM auf. Für die Deutsche Künstlerhilfe wurden 2,6 Millionen DM 1983 und 4,0 Millionen DM 1989 bereitgestellt.

83 Die Bundesregierung gewährte für zentrale Maßnahmen der **Sportförderung** 1983 ca. 49 Millionen DM und 1989 ca. 67,6 Millionen DM.

84 Die **Zuweisungen der öffentlichen Hand an Theater** (Schauspiel, Oper, Operette) betragen 1980/81 insgesamt 1,48 Milliarden DM, 1987/88 waren es 2,01 Milliarden DM.

IX. Deutschland- und Ostpolitik

85 **Reisen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR.** Wegen der Umstellung der Verfahren für die Feststellung der Reisezahlen sind detaillierte Angaben für Reiseverkehr erst ab Mai 1989 möglich. 1982: ca. 2,9 Mio.; 1988: 5,551 Mio.; im 1. Halbjahr 1989: 5,5 Mio.

- 86** 1988 fuhren ca. 74 000 **Jugendliche** aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR. 1983 waren es ca. 24 000.
- 87** **Reisen aus der DDR** 1982: ca. 1,6 Mio.; 1988: ca. 6,5 Mio.
- 88** Im **Transitverkehr** zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) reisten 1982 insgesamt 19,5 Millionen Bürger, 1988 waren es 26,9 Millionen.
- 89** 1985 wurde mit der DDR eine Vereinbarung über die Grunderneuerung von Abschnitten der **Autobahn Berlin—Hirschberg** mit finanzieller Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland geschlossen.
- 90** 1986 wurde mit der DDR ein **Kulturabkommen**, 1987 die **Umweltschutzvereinbarung**, das **Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit** sowie das **Abkommen über Informations- und Erfahrungsaustausch beim Strahlenschutz** abgeschlossen.
Am 5. Oktober 1988 wurde mit der DDR die Pauschale für den Transitverkehr nach Berlin für die Jahre 1990 bis 1999 auf 860 Millionen DM jährlich festgelegt. Die DDR wird im Raum Großbeeren für Berlin (West) einen dritten Übergang, den seit langem geforderten Südübergang, errichten. Sie wird einen neuen Autobahnzubringer zum Berliner Ring bauen und eine Teilstrecke des Rings erneuern. Ebenso werden Abschnitte der beiden Süd-Transitautobahnen von Berlin nach Hirschberg und nach Herleshausen erneuert.
Am 6. Juli 1989 wurde eine gemeinsame Erklärung zur Durchführung von sechs Umweltprojekten in der DDR — Maßnahmen zur Verringerung der Luftbelastung und zur Senkung der Schadstoffbelastung von Elbe und Saale — unterzeichnet.
- 91** Zur Zeit gibt es 56 **innerdeutsche Städtepartnerschaften**; weiteren 6 Partnerschaften hat die DDR ihre Bereitschaft zugesagt.
- 92** Die Anzahl der **Telefonleitungen in die DDR** und Berlin (Ost) sowie aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) hat sich von 1 421 im Jahre 1982 auf 1 529 Ende 1988 erhöht.
- 93** Während in den Jahren 1983 bis 1986 jährlich etwa 40 000 **Aussiedler** in die Bundesrepublik Deutschland kamen, sind 1988 insgesamt 202 673 Deutsche aus Osteuropa eingetroffen. Bis September dieses Jahres sind

245 000 deutsche Landsleute aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße sowie aus Ost- und Südosteuropa zu uns gekommen. 38,8 Prozent der Aussiedler sind unter 25 Jahren, 28 Prozent unter 18 Jahren alt. Nur 5,9 Prozent sind älter als 65 Jahre. Auch dies trägt dazu bei, daß sich die Integration der deutschen Aussiedler mittel- und langfristig positiv auswirken wird. Eine Modellrechnung zeigt, daß wegen des konzentrierten Zustroms von Aussiedlern in den nächsten Jahren schon Ende 1993 ein zusätzliches reales Sozialprodukt von rund 60 Milliarden DM erreicht wird. Im Zeitraum 1989 bis 1993 ergibt sich ein zusätzliches Arbeitnehmereinkommen von rund 120 Milliarden DM. Dies gilt auch für die Übersiedler aus der DDR von denen bis Ende September 1989 über 100 000 in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind.

94 Die Bundesregierung steigerte die **Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit** von 4,3 Millionen DM im Jahre 1983 auf 17,6 Millionen DM im Jahre 1989.

X. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

95 Die **Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit** für die entwicklungspolitische Arbeit der Kirchen, Stiftungen und anderer privater Organisationen betragen 1982 ca. 367 Millionen DM, 1988 rund 577 Millionen DM, für 1989 sind ca. 607 Millionen DM vorgesehen (ohne Nahrungsmittelhilfe).

Während der gesamte **Entwicklungshilfehaushalt** 1982 rund 6 Milliarden DM betrug, wird er 1989 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent auf 7,11 Milliarden DM steigen. Der Gesamtrahmen für die bilaterale finanzielle Zusammenarbeit und technische Zusammenarbeit im engeren Sinn beträgt 1989 5,2 Milliarden DM; davon sind je 40,3 Prozent für Afrika und Asien und 13,6 Prozent für Lateinamerika vorgesehen.

96 Der **Schuldenerlaß** für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) belief sich von 1978 bis 1985 auf 4,21 Milliarden DM. In den Jahren 1988 und 1989 wurden weitere Schuldenerlasse in Höhe von 4,58 Milliarden DM beschlossen. Ein neuer Weg ist mit dem Schuldenerlaß für Kenia beschritten worden, der an die Bedingung geknüpft ist, daß die dadurch freiwerdenden Mittel des Landes verstärkt für Umwelt und Ressourcenschutz eingesetzt werden.

XI. Europäische Gemeinschaft

97 Für Reisende werden die **Steuergrenzen** weiter abgebaut. Waren im Wert bis zu 810,— DM können seit dem 1. Juli 1989 aus anderen Mitgliedstaaten der EG eingeführt werden, sofern die Einfuhr keinen kommerziellen Charakter hat. 1982 war der Warenwert noch auf 460,— DM begrenzt.

98 Die **Bedeutung Europas als Handelsmacht** hat sich weiter erhöht. 1982 war die EG mit 34 Prozent am Welthandel beteiligt. 1987 lag die Beteiligung am Welthandel bei 40,9 Prozent.

99 54,3 Prozent der **deutschen Exporte** gingen 1988 in EG-Länder. Das entspricht einem Wert von 308,2 Milliarden DM. 1982 betrug das Gesamtvolumen der Exporte deutscher Produkte in die EG-Länder rund 206 Milliarden DM (40,1 Prozent der deutschen Ausfuhr).

100 Die **EG-Interventionsbestände** an Butter und Magermilchpulver wurden seit 1986 weitgehend abgebaut. Im Sommer 1988 war der Bestand an Butter von 1,3 Millionen t 1986 auf 370 000 t zurückgegangen, der Bestand an Magermilchpulver von 950 000 t 1986 auf 13 000 t.